

Chef vom Dienst:
42 300/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 3. Jänner 1989

Blatt 10

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Über 4.000 besuchten die Ausstellung „Anders Wohnen“ (11)
- Weitere Verringerung von Spitalsbetten in Wien (12/13)
- Österreichischer Städtebund: EG-Annäherung darf Städte und Gemeinden nicht einseitig belasten (15)
- Kein Wellenbad im Dianabad (nur FS)

Bezirke:

- Bausperre in Simmering (11)

Sport:

- Ab 15. Jänner wieder Aktion „Fahrt zum Schnee“ (14)

Über 4.000 besuchten die Ausstellung „Anders Wohnen“

Im Februar in Salzburg

Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL) Über 4.000 Besucher wurden bei der Ausstellung „Anders Wohnen — mitplanen, mitbauen, mitbestimmen“ im Karl-Marx-Hof gezählt. In der Ausstellung wurden erstmals in Österreich 80 Beispiele von Mitbestimmung im Wohnbereich gezeigt und damit eine erstaunliche, von der Öffentlichkeit fast unbemerkte Entwicklung dokumentiert. Besonders auffallend war das Interesse von Schulklassen und Studenten, von deutschen Besuchergruppen und Bewohnern des Karl-Marx-Hofes.

Die Ausstellung wird bereits im Februar in Salzburg gezeigt. Konkretes Interesse wurde auch aus den Bundesländern Steiermark, Oberösterreich und Vorarlberg angemeldet. Und mehrere deutsche Städte, wie Hamburg, Berlin, Frankfurt oder Karlsruhe, wollen die Ausstellung ebenfalls zeigen. (Schluß) ah/rr

Bausperre in Simmering

Wien, 3.1. (RK-BEZIRKE) Im Zuge des weiteren Ausbaues des U-Bahn-Netzes soll unter anderem die U 3 nach Simmering verlängert und mit der Schnellbahn verknüpft werden. Die Detailplanungen sind bereits eingeleitet. Um die Planung nicht durch unerwünschte Bauführungen zu gefährden, soll für den Bereich Simmeringer Hauptstraße/Kaiser-Ebersdorfer Straße eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden.

Der Entwurf liegt vom 5. Jänner bis 2. Februar während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Weltere Verringerung von Spitalsbetten in Wien

Stacher verweist auf Wiener Leistungen für Nichtwiener Patienten

Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL) Obwohl in Wien in den vergangenen 15 Jahren die Zahl der Akutbetten in den Krankenhäusern bereits um 6 Prozent verringert wurde, hat die Stadt vor kurzem einer weiteren Reduzierung zugestimmt. Um die Zusammenarbeit im Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds (KRAZAF) nicht zu gefährden, wird Wien bis Ende 1990 zusätzlich noch 349 Akutbetten abbauen. Der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, läßt aber keinen Zweifel daran, daß jetzt auch einmal über die Leistungen der Wiener städtischen Spitäler für Nichtwiener Patienten gesprochen werden muß. Für diese Leistungen muß es einen finanziellen Ausgleich geben.

Wie Stadtrat Stacher Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ hervorhob, wurde in Wien die Zahl der Akutbetten zwischen 1973 und 1987 bereits um 781 vermindert. Im gleichen Zeitraum wurde in den anderen Bundesländern — zusammengenommen — noch um 2.577 Akutbetten aufgestockt. Wien habe also schon vor der neuen KRAZAF-Verbarung große Vorleistungen zur Reduzierung der Akutbetten erbracht. Dabei versorge Wien jedoch nicht nur seine 1,481 Millionen Einwohner (19,6 Prozent der österreichischen Bevölkerung), sondern 1,887 Millionen Menschen (25 Prozent der Österreicher) mit Krankenhausleistungen.

Stacher verlangt Diskussion über Nichtwiener Patienten in Wien

Man müsse daher, so der Wiener Gesundheitsstadtrat, endlich einmal eine Diskussion über die Kosten der Fremdpatienten in Wien führen. 1988 betrug die — aus Durchschnittswerten errechnete — Pflegegebühr in den Wiener städtischen Krankenanstalten pro Tag 2.490 Schilling. Davon bezahlten die Krankenkassen 940 Schilling und der KRAZAF im Durchschnitt 475 Schilling. Die Stadt Wien mußte pro Tag 1.075 Schilling zuschießen. Im Wiener Allgemeinen Krankenhaus betrug die Pflegegebühr pro Tag 3.900 Schilling. Davon ersetzten die Krankenkassen 940 Schilling und der KRAZAF 646 Schilling. Hier mußte die Stadt Wien pro Tag und Patient 2.314 Schilling zuzahlen.

Allein auf der Basis der Pflegegebühren ergaben sich für die Stadt Wien Kosten von rund 800 Millionen Schilling für die stationäre Betreuung von Nichtwiener Patienten. Nun sind aber die Pflegegebühren ein Durchschnittssatz, der aus allen Untersuchungen und Behandlungen errechnet wird — von einer einfachen Behandlung bis zur Knochenmarkstransplantation. Die Patienten aus den anderen Bundesländern nehmen aber zu einem sehr hohen Prozentsatz medizinische Spitzenleistungen in der Diagnose und in der Therapie in Anspruch.

Hoher Anteil an medizinischen Spitzenleistungen

So wurden zum Beispiel 1986 in Wien durchgeführt (in Prozenten von ganz Österreich):

Percutane Steinertrümmerung	62,2 Prozent
Transplantation Knochenmark	61,5 Prozent
Behandlung schwangerer Diabetikerinnen	59,7 Prozent
Transplantation Herz	58,8 Prozent
Ausgewählte zytostatische Chemotherapie-Verfahren	56,6 Prozent
Transplantation Leber	44,7 Prozent
Transplantation Niere	44,4 Prozent
Operative Eingriffe an Hirngefäßen	40,7 Prozent

Nicht weniger als 35,4 Prozent der medizinischen Spitzenversorgungsleistungen von Österreich wurden 1986 in Wien erbracht. Diese Leistungen

der medizinischen Spitzenversorgung sind aber entsprechend kostenintensiv:

Transplantation Knochenmark (durchschnittlich)	835.000 Schilling
Transplantation Herz	497.000 Schilling
Transplantation Leber	456.000 Schilling
Transplantation Niere	287.000 Schilling
Herzklappenersatz-Operation	150.000 Schilling
Gerinnungsfaktorensubstitution	245.000 Schilling
Replantation von Extremitäten und -teilen	105.000 Schilling
Ausgewählte zytostatische Chemotherapie-Verfahren	70.000 Schilling
Operative Eingriffe an Hirngefäßen	60.000 Schilling

Wiener Steuerzahler müssen entlastet werden

Die Zuschüsse der Stadt Wien zu den Untersuchungen und Behandlungen der Fremdpatienten sind daher tatsächlich weit höher als sie sich aus den durchschnittlichen Pflegesätzen pro Tag ergeben. Dazu Stacher: „Es ist vernünftig, wenn medizinische Spitzenleistungen, die heute die neuesten medizintechnischen Einrichtungen mit hohen Investitions- und Betriebskosten erfordern, nicht nur den Wienern, sondern auch Patienten aus den Bundesländern zur Verfügung stehen. Es ist aber sicherlich nicht möglich, daß weiterhin die Wiener Steuerzahler Leistungen für Nichtwiener Patienten bezahlen müssen, während sich andere Bundesländer Kosten der Spitzenversorgung ersparen und dadurch wesentlich geringere Krankenhauskosten haben.“ (Schluß) sc/gg

Forts. von Blatt 12

Ab 15. Jänner wieder Aktion „Fahrt zum Schnee“

Wien, 3.1. (RK-SPORT) Bereits zum 21. Mal führt das Sportamt in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis die beliebten Tagesskifahrten im Rahmen der Aktion „Fahrt zum Schnee“ durch, die vom 15. Jänner bis 5. März an acht aufeinanderfolgenden Sonntagen angeboten wird.

Teilnahmeberechtigt sind:

- Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren (in Begleitung wenigstens eines Erwachsenen) — die Skizwerge in Skikindergarten;
- Kinder im Alter von sechs bis acht Jahren (in Begleitung eines Erwachsenen);
- Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 16 Jahren (die Mitreise von Familienangehörigen ist möglich) und
- Geschwister über 16 Jahre und Eltern (Teilnahme am Skikurs ist Begleitpersonen nicht möglich).

Die Fahrten in die schönsten Skigebiete in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt erfolgen mit Bussen, wobei acht Abfahrtsstellen in Wien eingerichtet werden. Die Rückkehr der Busse ist für ca. 18 Uhr vorgesehen.

Die Kosten für eine Fahrt betragen für Skikursteilnehmer und Skizwerge 90 Schilling, für Begleitpersonen 130 Schilling.

Anmeldungen am 9. und 10. Jänner

Anmeldungen für die Aktion „Fahrt zum Schnee“ sind am 9. und 10. Jänner von 14 bis 19 Uhr im Sportamt, Wien 1, Ebendorferstraße 4, 1. Stock, möglich. Es können dabei sowohl Einzeltermine als auch alle Termine gemeinsam gebucht werden.

Kurstermine:

- 15. Jänner: Gruppeneinteilung und Üben in Leistungsgruppen
- 22. Jänner: Üben in Leistungsgruppen
- 29. Jänner: Üben in Leistungsgruppen
- 5. Februar: Faschingslauf in Maske und Kostüm
- 12. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 19. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 26. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 5. März: Abschlußskirennen für alle Kursteilnehmer

Nähere Auskünfte, wie etwa die genauen Abfahrtszeiten, erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter der Telefonnummer 42 800/2799 oder 2733.
(Schluß) hof/rr

Österreichischer Städtebund: EG-Annäherung darf Städte und Gemeinden nicht einseitig belasten

Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) „Die für 1992 angekündigte zweite Etappe der Steuerreform darf die Städte und Gemeinden nicht einseitig belasten“, erklärte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK, auf Meldungen, daß seitens des Bundes im Zuge der EG-Annäherung eine Senkung der Mehrwertsteuersätze geplant sei. Die Gemeinden erhalten derzeit aus der Mehrwertsteuer einen Anteil von 11,8 Prozent, was für die Gemeinden Einnahmen von rund 15 Milliarden Schilling bedeutet. Eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes würde sich somit bei den österreichischen Gemeinden auf der Einnahmenseite mit Milliardenverlusten niederschlagen. „Dabei müssen die Städte und Gemeinden ohnedies zunächst einmal den finanziellen Einnahmementgang von knapp zwei Milliarden Schilling jährlich verkraften, die die mit 1. Jänner 1989 in Kraft getretene Steuerreform gebracht hat“, erklärte Pramböck weiter.

„Wenn der Bund zum Ausgleich für eine Senkung bei den Mehrwertsteuersätzen andere Abgaben, wie etwa die Mineralölsteuer, zu erhöhen beabsichtigt, dann müssen die Gemeinden an diesen Abgaben mindestens im gleichen Ausmaß wie bei jenen Abgaben beteiligt werden, bei denen Steuersenkungen vorgenommen werden. Derzeit haben die Gemeinden bei der in die Diskussion gebrachten Mineralölsteuer nur einen Anteil von 2,8 Prozent. Es geht nicht an, daß die Städte und Gemeinden die Lasten der EG-Annäherung tragen und der Bund Mehreinnahmen — bei der Mineralölsteuer hat er immerhin einen Anteil von 88,5 Prozent — praktisch ausschließlich für sich in Anspruch nimmt.“

Gänzlich unverständlich wäre, wenn die Gemeinden an den Kosten des EG-Mitgliedsbeitrages beteiligt werden sollten. Den derzeitigen Regelungen entsprechend, würde der Mitgliedsbeitrag Österreichs rund 20 Milliarden Schilling ausmachen. Da die EG eine Gemeinschaft der nationalen Staaten ist, hätte selbstverständlich der Bund diesen Mitgliedsbeitrag zu leisten, wie dies auch in anderen Ländern derzeit der Fall ist, schloß Pramböck. (Schluß) stb/rr